

Energiekonzerne beschenken – Bürger belasten

Die Doppelmoral der Bundesregierung beim Zertifikatehandel

Seit Anfang 2005 wird Europa weit mit Verschmutzungsrechten gehandelt. Grundgedanke: der Ausstoß von Kohlendioxid (CO₂), ein klimaschädliches Treibhausgas, muss etwas kosten und: Wer viel ausstößt muss kaufen, wer wenig ausstößt kann verkaufen. Die Verschmutzungsrechte mit einem derzeitigen Gesamtwert von etwa zehn Milliarden Euro werden kostenlos an die am Handel teilnehmenden Unternehmen, vornehmlich die großen Energieversorger, verteilt. Der Staat verzichtet mit dieser Subventionierung auf Einnahmen und belastet statt dessen die Bürger dieses Landes mit Steuererhöhungen und Kürzungen im Sozialbereich zur Entlastung des angespannten Haushaltes. Besonders pikant ist, dass diese Politik von einer Volkspartei, die sich sozial nennt, mit verantwortet wird.

Verschenkte Verschmutzungsrechte – verschenktes Geld

Seit 2005 gibt es in Europa den Emissionshandel, dessen Ziel es ist, Kohlendioxidemissionen dort zu verringern wo es kostengünstig ist und damit einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Jeder am Handel Teilnehmende bekommt für seine Emissionen eine gewisse Anzahl Zertifikate, die jährlich abgerechnet werden. Hat jemand weniger Zertifikate benötigt, weil er weniger CO₂ ausgestoßen hat, kann er die überschüssigen Zertifikate an jene verkaufen, die mehr verbraucht haben. Die Zertifikate werden kostenlos verteilt. Federführend für die kostenlose Verteilung der Zertifikate ist das Umweltministerium mit Sigmar Gabriel (SPD) an der Spitze. Der Staat

leistet durch die kostenlose Vergabe der Zertifikate eine quasi „finanzielle“ Hilfe von annähernd zehn Milliarden Euro¹ jährlich an die Unternehmen. Ohne unmittelbare Gegenleistung

Die kostenlose Zuteilung müsste nicht sein. Umweltminister Gabriel hätte nach geltendem EU-Recht bereits seit 2005 fünf Prozent der Zertifikate versteigern können, ab 2008 sind sogar zehn Prozent möglich. Von diesem Recht will der SPD-Minister im Entwurf des Nationalen Allokationsplans II (NAP II), der die Verteilung der Zertifikate an die Unternehmen regelt, jedoch keinen Gebrauch machen.

Stattdessen wird der Emissionshandel weiter als Förderinstrument für die Energiemonopolisten dieses Landes missbraucht. Im Zeitraum 2008 bis 2012 werden dem Staat Einnahmen von insgesamt etwa fünf Milliarden Euro verloren gehen. Des einen Freud des anderen Leid: Während die Energiekonzerne mit Milliarden geschenken bedient werden, fehlt im Bundeshaushalt immer mehr Geld.

Belastungen der Bürger

Der Bundestag hat zur Auffüllung der leeren Haushaltskassen am 19. Mai 2006 nicht etwa die Versteigerung von Emissionszertifikaten, sondern die größte Steuererhöhung seit Gründung der Bundesrepublik beschlossen.

Erwähnt seien hier nur zwei Maßnahmen: 1. Die Mehrwertsteuer erhöht sich ab 2007 um drei Prozentpunkte von 16 auf 19 Prozent. 2. Die Rentner gehen zum dritten Mal in Folge leer aus, nicht einmal ein Inflationsausgleich ist vorgesehen. Der allgemeine Bundeszuschuss

¹ Angenommener Zertifikatepreis 20 Euro pro Tonne Kohlendioxid



zur Rentenversicherung sinkt von 2007 an um jährlich 340 Millionen Euro.

Die soziale Schieflage verschärft sich: während die Energieversorger begünstigt werden, tragen die Bürger die Steuerlast.

<i>Haus-haltstyp</i>	<i>Ledige Arbeit-nehmer</i>	<i>Alleiner-zie-hende 1 Kind</i>	<i>Ehepaa-re 2 Kinder</i>	<i>Freibe-rufler verhei-ratet</i>	<i>Rent-nerere-paar</i>
<i>Monatli-che Mehrbe-lastung</i>	16,81 bis 36,21 €	14,22 €	41,38 €	103,45 €	18,10 €

Auswirkungen der Mehrwertsteuererhöhung. Quelle: Daten Bund der Steuerzahler

<i>Energie-versorger</i>	<i>RWE</i>	<i>Vattenfall</i>	<i>EON</i>	<i>EnBW</i>
<i>Monatli-ches Ge-schenk</i>	190,3 Millionen €	84,3 Millionen €	59,8 Millionen €	17,2 Millionen €

Quelle: Daten Handelsjahr 2005, CITL Liste der deutschen Emissionshandelsstelle, Monatliche Zuwendung berechnet für einen Zertifikatspreis von 20 € und zugeteilten Zertifikaten: RWE ca. 114 Mio, Vattenfall ca. 51 Mio, Eon ca. 36 Mio, EnBW ca. 17 Mio).

Wildwest-Manier der Energiekonzerne

Die Stromversorger beziehen den Wert der kostenlos zugeteilten Zertifikate in die Kalkulation der Strompreise ein. Mit anderen Worten: ein kostenlose Zuwendung wird zur Erhöhung der Strompreise missbraucht. Dadurch erzielten die Energiekonzerne in 2005 Zusatzgewinne in Milliardenhöhe, während Verbraucher höhere Stromkosten haben.

Die großen Stromversorger drohen mit weiteren Preiserhöhungen, sollte eine Versteigerung der Zertifikate in Zukunft vorgenommen werden. Diese Ankündigung ist absurd, denn die Kosten der Zertifikate wurden schon auf den Strompreis aufgeschlagen. Der Wild-West Manier der Energiekonzerne muss ein Riegel vorgeschoben werden, zwei mal für ein und dasselbe Produkt zur Kasse zu bitten, darf nicht Schule machen. Die Strompreis-erhöhungen müssen endlich den realen Kosten der Stromversorger entsprechen – und das heißt, die Zertifikate müssen tatsächlich etwas

kosten. Die Regierung muss die Mitnahmentalität der Energiekonzerne zulasten der Verbraucher beenden.

Die Belastungen für den Staat und seine Bürger werden sich mit dieser Vergabepolitik weiter erhöhen, da Energieversorger, ermutigt durch die Zuteilungsverfahren des NAP neue Kohlekraftwerke bauen, deren CO₂-Ausstoß das Klima zerstört. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) beziffert die möglichen Folgekosten der Klimazerstörung allein in Deutschland bis 2050 auf bis zu 650 Milliarden Euro (800 Milliarden Dollar).

Die SPD muss Flagge zeigen

Der neue SPD-Chef Kurt Beck will die Sozialdemokraten als „Kraft der Erneuerung“ in der Großen Koalition profilieren und den sozialen Ansatz der Partei stärker als bisher betonen. Auf dem Parteitag der SPD am 14. Mai 2006 sagte Kurt Beck: "Uns fällt die Aufgabe zu, die soziale Dimension in unserer Gesellschaft lebendig zu halten."

Greenpeace erwartet von der Politik, insbesondere der SPD, sich ihrer sozialen Verantwortung zu stellen und die übermäßige finanzielle Bevorteilung der großen Stromversorger durch die kostenlose Zuteilung der Emissionszertifikate zu Lasten der Bürger und des Klimaschutzes umgehend zu beenden.

Greenpeace fordert:

- Die Verschmutzungsrechte müssen versteigert werden. 2008 bis 2012 können 10 Prozent versteigert werden – das wäre ein Anfang und ein wichtiger Schritt in Richtung funktionsfähigem Emissionshandel
- Die Bundesregierung muss die Gewinnmitnahmen der Stromversorger zu Lasten der Verbraucher beenden.
- Die erzielten Einnahmen aus der Versteigerung müssen den Verbrauchern und dem Klimaschutz zugute kommen.